



Andrew Charles Odete

Geb. 1978, ist Menschenrechtsanwalt und koordiniert den Bereich Handel, Wirtschaft und Menschenrechte bei der Menschenrechtskommission KHRC, einer kenianischen Nichtregierungsorganisation. «Die Landwirtschaft ist das Rückgrat der kenianischen Gesellschaft», so der Jurist, der schon viele Gemeinden vertreten hat, die ihre Landrechte gegen Großgrundbesitzer verteidigt haben. „Mit einem Stück Land kann man in Kenia der Armut entkommen“, erklärt Odete. Noch. Denn wenn EPA verabschiedet würde, müssten viele Bauern aufgeben. «Die lokale Produktion würde einbrechen, und unsere Ernährung würde in einem hohen Grade abhängig von Importen gemacht», befürchtet Odete, dessen Organisation 2010 eine erste Studie zur Folgenabschätzung der EPA veröffentlichte. Dank Protesten von Bauernorganisationen und der KHRC liegen die Verhandlungen für den Abschluss der EPA derzeit auf Eis.

Kein Handelsabkommen ohne vorherige Folgenabschätzung auf die Menschenrechte.

Der Welthandel muss der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung lokaler Gemeinden dienen.

Europäer sollten uns durch ethisch bewussten Konsum von Nahrungsmitteln und Bekleidung unterstützen.

Weitere Informationen und Kontakt:
www.ecofair-trade.org

 HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

 glopolis

 MISEREOR
IHR HILFSWERK

Foto: ©Hofschläger/pixelio.de

ECOFAIR TRADE DIALOGUE



AGRARHANDELPOLITIK GEFÄHRDET MENSCHENRECHTE IN KENIA

«Wir fragen die Bürger der Europäischen Union:
Wollen Sie diese ungerechten Handelsabkommen, die bei uns Menschen in Not und Elend stürzen?»

Helen Yego, Landwirtin



Diese Publikation wurde mit Unterstützung der EU angefertigt. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung der Herausgeber und spiegeln nicht die Sichtweise der EU wider.



Kenias Wirtschaft ist von der Landwirtschaft geprägt. Viele Bauern und ViehzüchterInnen sind Selbstversorger und leben von dem, was sie ernten. Ende der 90er Jahre sind neben Kaffee Blumen und Früchte zu bedeutenden Exportindustrien geworden, die mehr und mehr Wasser und Ackerfläche beanspruchen. Land ist eine knappe Ressource in Kenia: Nur insgesamt zwanzig Prozent der Fläche sind für den Ackerbau nutzbar. Wegen mangelnder öffentlicher Unterstützung für die Landwirtschaft müssen schon heute Weizen und Mais importiert werden, obwohl diese Grundnahrungsmittel auch in Kenia gedeihen. Die Krisenanfälligkeit wurde im Sommer 2011 deutlich: Dreieinhalb Millionen Menschen waren in Folge einer Dürre und gestiegener internationaler Agrarpreise auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Mit einem sogenannten «Wirtschaftspartnerschaftsabkommen» (EPA) will die EU offiziell zur nachhaltigen Entwicklung Kenias beitragen. Eine erste Folgenabschätzung dieses Abkommens, verfasst von der kenianischen Menschenrechtskommission KHRC, warnt jedoch vor den negativen Auswirkungen der darin vorgesehenen Marköffnung. Vor allem der Weizen- und Maisanbau, die Milchwirtschaft sowie die Geflügel- und Fleischproduktion in Kenia könnten durch Billigimporte aus der EU erheblich beeinträchtigt werden. Umgekehrt soll der Weg für Produkte aus Kenia versperrt werden können: In einer 2009 vorab unterzeichneten Vereinbarung hält sich die EU die Option offen, Zölle und Quoten auf Schnittblumen, Zucker, Früchte und Gemüse aus Kenia und anderen Staaten der ostafrikanischen Gemeinschaft EAC zu erheben.

Zivilgesellschaftliche Organisationen befürchten, dass die Ernährungssouveränität Kenias und damit das Recht auf Nahrung unterminiert werden. «Regierungen sollte es erlaubt sein, Menschenrechtsaspekte zu berücksichtigen, ohne sich deshalb der Gefahr von Handelssanktionen auszusetzen», heißt es in der Studie der kenianischen Menschenrechtskommission. Kenianische Nichtregierungsorganisationen waren von den Verhandlungen ausgeschlossen.

FAKTEN UND ZAHLEN

Einwohner	38,5 Millionen
Beschäftigung im Landwirtschaftssektor	26 Millionen
Agrarausfuhren	1,8 Mrd. Dollar (Tee, Früchte, Kaffee, Blumen)
Agrareinfuhren	1,1 Mrd. Dollar (Palmöl, Weizen, Reis, Mais)
Bevölkerung unterernährt	30 Prozent
Durchschnittliche Lebenserwartung	55 Jahre



HELLEN YEGO

Geb. 1956, ist Landwirtin und arbeitet mit in der ProduzentInnenvereinigung NGOMA. Helen Yego hat die Kampagnen der Bauernorganisation gegen das sogenannte «Wirtschaftspartnerschaftsabkommen» zwischen der EU und den AKP-Staaten (darunter Kenia) mit initiiert. Seit Anfang der 90er Jahre engagiert sich die Landwirtin gegen die Auswirkungen der Handelspolitik auf die Kleinbauern Kenias. 1993 blieben die Landwirte auf ihrer Ernte sitzen. Die staatliche Agentur für den Handel mit Getreide, kaufte sie nicht mehr – wie sonst üblich – zu einem garantierten Mindestpreis auf. «Stattdessen hatte die Regierung die Bauern aufgefordert, ihre Ernte sonst wo zu veräußern, schließlich müsse der Markt liberalisiert werden», so Yego. «Die Bauern waren verzweifelt und wussten sich nicht zu helfen». Anschließend ging die Getreideproduktion in Kenia stark zurück und führte zu Ernährungsengpässen. «EPA würde in seiner jetzigen Form die Situation weiter verschlimmern und die fragile Wirtschaftsstruktur der ostafrikanischen Länder endgültig zerstören», befürchtet Helen Yego.